



**Petra Merkel, MdB**

**Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter**

— **Ausgabe: 05/2008**

- Bahn - Tempelhof ,
- Rüttgers zu Renten
- Kulturhaus in Istanbul
- Vertrag von Lissabon
- Gedenkstunde im Deutschen Bundestag
- Verbesserungen beim Kinderzuschlag und beim Wohngeld
- Girls' Day bei Petra Merkel

— \*\*\*\*\*

**Aus dem Bundestag**

\*\*\*\*\*

Infrastruktur scheint eins der bestimmenden Themen in diesen Woche zu sein – zum einen die Bahnreform zum anderen stimmen wir in Berlin – beim ersten Volksentscheid– über den Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof ab.

Ich bin für die Schließung von Tempelhof - Meine Argumente sind bekannt; Sie können sie auf meiner Homepage finde. Auch in einer Plenarrede vom Sommer 2007 habe ich diese Position vertreten. Natürlich hat Tempelhof einen hohen symbolischen Wert, natürlich auch für mich als Berlinerin, aber – dafür braucht es keinen Flugbetrieb.

Auf <http://www.petra-merkel.de> finden Sie Positionen zu Tempelhof und meine Rede aus dem Juli 2007:

<http://www.petra-merkel.de/aktuelles/07-2007/322-rede-von-petra-merkel--im-bundestag-zur-schliessung-des-flughafens-tempelhof>

Bitte gehen Sie am Sonntag abstimmen!!!!



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ein weiteres – auch sehr emotionales Thema – ist die Bahnprivatisierung. In der letzten Woche wurde ein Vorschlag der SPD-Arbeitsgruppe vorgelegt, diese Woche haben wir in den Fraktionsgremien der SPD-Bundestagsfraktion über diesen Weg der Bahnprivatisierung diskutiert und abgestimmt.

Ich habe im Fraktionsvorstand und in der Fraktion gegen diesen Vorschlag gestimmt, weil ich ein Einfallstor in weitergehende Privatisierungsanteile befürchte und diese dann – leider – mit der SPD verbunden werden könnten. Die Union und FDP streben ja einen weit höheren Privatisierungsanteil an. Ich hoffe, das kann verhindert werden.

Partei Vorstand und Parteirat haben dem Vorschlag der Arbeitsgruppe zur Bahnreform zugestimmt. Dieser Vorschlag sieht eine Teilprivatisierung der Bahn vor, bei der die Infrastruktur (Netz, Stationen, Service, Energieversorgung) zu 100 Prozent beim Bund bleibt und sämtliche Verkehrs- und Logistikaktivitäten unter einem Dach zusammengefasst werden. Private Investoren können sich daran bis zu maximal 24,9 Prozent beteiligen. Mit diesem Modell sollen die zentralen Kriterien unseres Parteitagsbeschlusses umgesetzt werden: Es soll keine Zerschlagung der Bahn geben.

### **NEUES VON DER UNION**

Es hat fast den Eindruck, der Populismus hat nun auch Teile der Union infiziert. In der Union herrscht ein heillooses Chaos. Ganz vorne mit dabei ist wieder einmal der selbsternannte Arbeiterführer aus NRW. Er schlägt eine höhere Rente für Niedrigverdiener vor, vergisst aber zu erwähnen, warum das so ist!

Grundsätzlich ist es richtig, dass langjährige Versicherte eine Rente erhalten müssen, die oberhalb des Niveaus der Grundsicherung liegt. Sonst verliert die gesetzliche Rente an Akzeptanz und Legitimation als Pflichtversicherung. Wenig hilfreich ist jedoch, hier die Renten für Versicherte mit 35 Beitragsjahren durch Steuergeld aufstocken zu wollen. Dies schließt vor allem Frauen, die oft keine 35 Versicherungsjahre aufweisen können, sowie von Arbeitslosigkeit oder Krankheit Betroffene aus.

Auch wir beschäftigen uns mit der Frage, wie wir die Renten auch in Zukunft sichern können. Aber von uns wird es keine Schnellschüsse geben. Wir werden zu gegebener Zeit ein seriöses Konzept vorlegen, das durchgerechnet und klar nachvollziehbar ist. Krokodilstränen à la Rüttgers helfen den Menschen nicht.

### **Wo ist denn Jürgen Rüttgers, wenn es um die Mindestlöhne geht?**

Renten können nur in dem Maße steigen, wie Löhne steigen. Und: Wer für eine Ausweitung des Niedriglohnsektors ist und alles dafür tut, dass ein gesetzlicher Mindestlohn torpediert wird, darf sich ehrlicherweise nicht über niedrige Renten wundern. Je mehr Menschen ordentlich verdienen,



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

desto mehr haben später eine gute Rente. Auch das ist ein zusätzliches Argument für einen gesetzlichen Mindestlohn.

## **DEUTSCHE AUSLANDSAKADEMIE IN ISTANBUL**

Schon seit langer Zeit verfolge ich die Idee eines deutschen Kulturhauses in Istanbul – gemeinsam mit meinem Unions-Kollegen Steffen Kampeter, MdB, habe ich diese Woche nun ein Konzept vorgestellt. Mitte Mai werden wir nach Istanbul reisen, um vor Ort weitere Gespräche zu führen und vielleicht ein paar Schritte weiter zu kommen.

Deutschland ist auf vielfache Weise mit der Türkei verbunden. Eine große Gruppe türkischer Migranten lebt in unserem Land. Die Wirtschaftsverflechtungen zwischen der Türkei und Deutschland nehmen kontinuierlich zu. Vor diesem Hintergrund wird der Austausch – auch der kulturelle - zwischen den beiden Staaten zunehmend wichtiger. Die Anfänge sind bereits gemacht: Die Türkei ist z.B. in diesem Jahr Partner- bzw. Gastland der Popkomm und der Frankfurter Buchmesse. Wir entdecken die Türkei dabei auch als reiches und vielfältiges Kulturland. Spätestens 2010, wenn Istanbul den Titel der europäischen Kulturhauptstadt innehat, wird sich die Wahrnehmung der Türkei als Kulturland innerhalb Europas noch verstärken. Es wird dann aber auch auffallen, dass wir über die türkische Kultur nur sehr wenig wissen. Das bietet für Deutschland die Chance, bereits heute den kulturellen Austausch zwischen unseren beiden Ländern voranzutreiben – im Sinne gegenseitigen Lernens, im Sinne von Respekt und Miteinander unter Türken und Deutschen – in Deutschland und in der Welt.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir - angeregt durch die Deutsche Akademie Villa Massimo in Rom - das Ziel, dass die Bundesrepublik Deutschland in ähnlicher Art eine Kultur- und Begegnungsstätte für Deutsche Künstlerinnen und Künstler in Istanbul einrichten sollte. Nach dem Vorbild der die deutsch-italienischen Kulturbeziehungen stärkenden und prägenden Villa Massimo, soll auch in Istanbul eine Einrichtung geschaffen werden, die deutsche Künstlerinnen und Künstler mithilfe eines Stipendiums für einen längeren Zeitraum beheimatet, ihnen Raum zum Leben und Arbeiten bietet, auch die Möglichkeit der Präsentation ihrer Arbeiten im Gastland sowie Erfahrungen und Vernetzungen innerhalb der türkischen Kulturszene schafft: Das Stipendium sollte von einer fachkompetenten Jury vergeben werden an Kreative aus den Bereichen bildende Kunst, Architektur, Musik, Film und Literatur.

Als Stadt auf zwei Kontinenten, Brücke zwischen Europa und Asien, ist Istanbul eine Metropole, die sowohl für die europäische, als auch für die nahöstliche Geschichte von Bedeutung ist und war. Istanbul ist daher der ideale Standort für eine Deutsche Auslandsakademie in der Türkei. Den Künstlerinnen und Künstlern wird ermöglicht, in einem Kulturkreis zwischen Europa und Asien neue Impulse für ihre Arbeit zu erhalten. Auf diese Weise wird nicht nur der kulturelle Austausch mit der Türkei gefördert, sondern auch das Türkeibild der Deutschen verändert.

Der Startschuss für die operative Arbeit der Deutschen Auslandsakademie in Istanbul sollte im



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Jahr 2010 erfolgen, dem Jahr, in dem Istanbul eine der Kulturhauptstädte Europas sein wird.

## **RATIFIZIERUNG DES EU-REFORMVERTRAGES (VERTRAG VON LISSABON)**

Diesen Donnerstag, am 24. April 2008, haben wir im Deutschen Bundestag den „Vertrag von Lissabon“ mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Im Vorfeld gab es viele Anfragen, viele Schreiben, die sich gegen diesen Vertrag gewendet haben. Ich habe auch mit Genossinnen und Genossen aus Charlottenburg-Wilmersdorf und Gewerkschaftsvertreter im Vorfeld diskutiert und mir die Argumente der Gegner angehört. Meinen Kollegen Axel Schäfer, MdB, europapolitischer Sprecher der Fraktion, stand als Fachmann zur Verfügung.

Aber, ich bin als überzeugte Europäerin dabei geblieben, dass ich dieses Vertragswerk unterstütze, unsere Aufgabe als Sozialdemokraten wird es sein, Europa zu einer sozialen Gemeinschaft zu entwickeln.

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) den Vertrag von Lissabon. Durch diesen soll die EU demokratischer, transparenter und effizienter werden. Die größer gewordene Union bleibt handlungsfähig und wird in die Lage versetzt, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und den Zukunftsfragen zu stellen. Durch das Vertragsgesetz (Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007), sollen die von deutscher Seite erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geschaffen werden. Der Bundestag muss dem Vertrag gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zustimmen. Der Vertrag von Lissabon verleiht den Parlamenten der Mitgliedstaaten - damit auch dem Bundestag und dem Bundesrat - erstmalig direkte Mitwirkungsrechte gegenüber Organen der Europäischen Union. Für die Wahrnehmung dieser Rechte bei der Subsidiaritätskontrolle sowie bei institutionellen Entscheidungen schafft das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (sog. Begleitgesetz) die innerstaatlichen Voraussetzungen. Die entsprechenden nötigen Änderungen des Grundgesetzes nehmen wir durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23 und 45 und 93) vor.

Wir müssen den Vertrag von Lissabon nun ratifizieren und in deutsches Recht umsetzen. Dies haben wir nun durch die folgenden drei Gesetze, die wir an diesem Donnerstag verabschiedet haben, getan.

Hier noch kurz das Wichtigste in einer Übersicht:

### **Demokratische Legitimität gestärkt**

Das Mitentscheidungsverfahren wird zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und findet zukünftig grundsätzlich Anwendung. Damit wird das Europäische Parlament (EP) zum vollwertigen Gesetzgeber - gemeinsam mit dem Ministerrat, in dem die Vertreter der mitgliedstaatlichen Regierungen zusammenkommen. Bei Europäischen Rechtsetzungsakten wird damit regelmäßig die Zustimmung des EP erforderlich. Es kann zudem künftig über alle



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabenbereiche mitentscheiden. Zusammen mit dem Rat der EU wird es gleichberechtigt am EU-Haushaltsverfahren beteiligt. Erstmals werden europäische Bürgerbegehren möglich. Dadurch wird die direkte Demokratie in der EU gestärkt. Ein Anliegen für das sich die SPD schon seit vielen Jahren stark macht.

### **Größere Handlungsfähigkeit**

Im Ministerrat der EU wird mit dem Vertrag von Lissabon die qualifizierte Mehrheit zur Regel für Entscheidungen. Als qualifizierte Mehrheit gilt ab 2014 die sog. doppelte Mehrheit. Ab dann müssen 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die gleichzeitig mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten, EU-Rechtsetzungsakten zustimmen. Blockaden werden somit seltener, die EU kann effizient handeln. Entscheidungen in sensiblen Bereichen wie Steuern und soziale Sicherheit müssen weiterhin einstimmig getroffen werden.

### **Betonung der Sozialen Dimension**

Als zentrale Ziele der EU betont der Vertrag von Lissabon die soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Mit einer besseren Zuordnung, was Ziele (wie etwa der soziale Fortschritt) und was Instrumente sind (z. B. der Wettbewerb), ist klargestellt, wonach die Union strebt und welche Mittel sie einsetzen kann, sofern sie diesen Zielen dienen. Wettbewerb kann also nie Selbstzweck sein.

### **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Gemeinsame Außen-, Sicherheitspolitik (GASP) bleibt auch mit dem Vertrag von Lissabon in Form der mitgliedstaatlichen Zusammenarbeit organisiert. Es bleibt bei der Einstimmigkeit im Rat, die Kommission spielt nur eine untergeordnete Rolle. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich dazu, noch stärker auf europäischer Ebene zu kooperieren und sich miteinander abzustimmen.

### **Mehr Transparenz**

Die Zuständigkeiten der EU werden klarer als bisher von den nationalen Zuständigkeiten abgegrenzt. Es gibt drei Kategorien von Kompetenzen: die ausschließliche, die geteilte und die unterstützende Zuständigkeit. Die Europäische Gemeinschaft geht endgültig in der Europäischen Union auf, wodurch eine einheitliche Rechtspersönlichkeit entsteht. Zudem wird der Grundsatz der vorrangigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, Bundesländer und Kommunen (Subsidiarität) in den Bereichen der nicht-ausschließlichen Zuständigkeit der EU gestärkt. Mit einer Subsidiaritätsrüge können die nationalen Parlamente die Regelungskompetenz der EU zu Beginn eines Gesetzgebungsprozesses kritisch überprüfen. Die Frist dazu wird gegenüber dem Verfassungsvertrag von sechs auf acht Wochen verlängert.

### **Parlament erhält direkte Mitwirkungsrechte**

Der Bundestag hat auch dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93) (Drs. 16/8488, 16/8912) der Koalitionsfraktionen sowie von FDP und Grünen in 2./3. Lesung zugestimmt.

Der Vertrag von Lissabon verleiht den nationalen Parlamenten zum ersten Mal direkte



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitwirkungsrechte gegenüber Organen der Europäischen Union. Deren Ausgestaltung macht entsprechende Anpassungen des Grundgesetzes erforderlich. Das gilt für Absatz 1 in Artikel 23 und Artikel 45. Künftig kann bereits ein Viertel der Mitglieder des Bundestages eine Klage des Parlaments vor dem Europäischen Gerichtshof auslösen, wenn die Abgeordneten der Meinung sind, dass die EU gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt. Dies wird durch die spezielle Klausel möglich.

### **Weitere bundesgesetzliche Anpassungen**

Ebenso wurde vom Deutschen Bundestage der von den Koalitionsfraktionen und den Grünen eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Drs. 16/8489, 16/8919) im Parlament in 2./3. Lesung beschlossen.

Der Gesetzentwurf schafft die innerstaatliche Voraussetzungen, so dass der Deutsche Bundestag und der Bundesrat die ihnen im Vertrag von Lissabon zugeschriebene Mitwirkungsmöglichkeit wahrnehmen können. Die für die Erhebung einer Subsidiaritätsklage durch den Bundestag vorgesehene benötigte Anzahl an Stimmen (Quorum) soll dabei an das für Normenkontrollanträge aus der Mitte des Bundestages (gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG) sowie an das bereits für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (gemäß Art. 44 Abs. 1 Satz 1 GG) maßgebende Quorum angepasst werden.

## **NAHRUNGSMITTELKRISE**

In einer aktuellen Stunde wurde im Deutschen Bundestag über die akute Nahrungsmittelkrise debattiert.

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul hat dort auch eine weitere Aufstockung der Nahrungsmittel-Nothilfe um zusätzliche 10 Millionen Euro angekündigt. "Uns muss deutlich sein, welche Auswirkungen steigende Lebensmittelpreise gerade für die Ärmsten der Armen haben: Sie haben so wenig Geld, dass sie höhere Preise einfach nicht bezahlen können. Unsere Reaktion auf die Krise muss schnelle Antworten geben, um akute Hungerkatastrophen zu verhindern." Die Ministerin wies darauf hin, dass auch andere Länder dem Aufruf des Welternährungsprogramms zu mehr internationaler Hilfe nachkommen und rief die Staatengemeinschaft zu weiterem gemeinsamen Handeln auf. Das Bundesentwicklungsministerium hatte die Nahrungsmittel-Nothilfe zusätzlich zum jährlichen Beitrag von 23 Millionen Euro für das Welternährungsprogramm bereits im März des Jahres um 3 Millionen Euro und im April um weitere 10 Millionen Euro erhöht. Das Welternährungsprogramm hatte in den vergangenen Wochen immer wieder gemahnt, dass Nahrungsmittelhilfen für Bedürftige rationiert werden müssen, wenn die internationale Gemeinschaft nicht mehr Mittel zur Verfügung stellt. Insbesondere die gestiegenen Lebensmittelpreise bereiten dem Welternährungsprogramm große Probleme. Die gestiegene Nachfrage nach Nahrungsmitteln, der Klimawandel und die vermehrte Verwendung von Flächen



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

zum Anbau von Agrarkraftstoffen haben zu einem beträchtlichen Anstieg der Lebensmittelpreise geführt.

Wie es manchmal so geht im politischen Geschäft – ich war gerade – siehe – „Aus dem Wahlkreis und aus Berlin“ bei der größten Unterrichtsstunde der Welt und anschließende wurde im Bundestag über diese Nahrungsmittelkrise gesprochen.

### **GEDENKSTUNDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Am 10. April hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion eine Gedenkstunde zur Erinnerung an die Zerstörung der Demokratie vor 75 Jahren abgehalten. Am 23. März 1933 beschloss der Reichstag mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der deutschen sowie der konservativen und liberalen Parteien das Ermächtigungsgesetz. Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten waren bereits ausgeschlossen. Lediglich die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten stimmten namentlich unter der Gefahr für Leib und Leben gegen das Gesetz. Der damalige SPD- und Fraktionsvorsitzende Otto Wels hielt in dieser bedrohlichen Situation eine mutige Rede. Das wohl bekannteste Zitat kennen wir alle: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“.

Unser ehemaliger Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hielt gestern dazu im Plenum eine sehr bewegte Rede, in der er der Frage, wie es möglich war, dass 1933 das menschenverachtende Nazi-Regime nicht aufgehoben wurde, nachging. Entscheidend auch sei gewesen, dass 1933 die Demokratie in der Mehrheit unseres Volkes nicht, jedenfalls nicht mehr ausreichend, verwurzelt war. Die Erinnerung an die Vorgänge von 1933 sollten alle in unserer Gesellschaft mahnen: „Wehret den Anfängen!“ Hans Jochen Vogel fasste es kurz zusammen „Wer wegsieht oder nur die Achseln zuckt, schwächt die Demokratie. Wer widerspricht und sich einbringt, stärkt sie.“ Die Rede finden Sie zu anbei.

### **VERBESSERUNG BEIM KINDERZUSCHLAG**

Am 24. April hat der Bundestag in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Koalitionen zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes beraten.

Der Kinderzuschlag richtet sich seit 1. Januar 2005 an erwerbstätige Eltern, die mit ihrem Einkommen zwar ihren eigenen Lebensunterhalt decken können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie müssen ihr Erwerbseinkommen mit Leistungen der Grundsicherung nach SGB II (ALG II) aufstocken, weil sie mit diesem zuzüglich Kindergeld unter den Regelsätzen der Grundsicherung liegen. Der Kinderzuschlag soll die Aufstockung nach SGB II verhindern. Er beträgt bis 140 Euro pro Monat und Kind. Nach den bisherigen Regelungen wurde die Grenze, ab der der Kinderzuschlag gewährt wurde, individuell errechnet. Dies führte zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand und einer Vielzahl von Ablehnungen. Deswegen wurde auf Initiative der



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

SPD im Koalitionsvertrag vereinbart, den Kinderzuschlag weiter zu entwickeln, um künftig mehr Kinder und Familien aus dem Bezug von ALG II herauszuholen.

Der Gesetzentwurf sieht einheitlich festgelegte Mindesteinkommengrenzen vor für Eltern, die Anspruch auf einen Kinderzuschlag haben. Dies sind 600 Euro für Alleinerziehende und 900 Euro für Paare. Das Gesetz soll zum 1. Oktober diesen Jahres in Kraft treten. Dadurch werden ab 2009 106.000 Familien mit 250.000 Kindern anstatt bislang 36.000 Familien mit 100.000 Kindern erreicht. Zudem wurde das Antragsverfahren vereinfacht. Ferner wird ein stärkerer Anreiz für Eltern gegeben, das Einkommen durch eigene Leistung zu steigern, indem künftig von jedem verdienten Euro nur noch 50 Cent anstatt wie bisher 70 Cent auf den Kinderzuschlag angerechnet werden.

Weitere Verbesserungen für Familien mit geringen Einkünften ergeben sich aus der Novellierung des Wohngeldrechts.

### **NEUREGELUNG DES WOHNELDRECHTS**

Heute, am 25. April, haben wir das Wohngeldrecht fortentwickelt und vereinfacht. In 2./3. Lesung wurde der Regierungsentwurf zur Neuregelung des Wohngeldrechtes beschlossen und damit deutlich verbesserte Leistungen:

Das Wohngeld, das zuletzt 2001 erhöht worden ist, wird zum 1. Januar 2009 nachhaltig ausgebaut. Von den Verbesserungen, die die SPD-Bundestagsfraktion maßgeblich angestoßen hat, werden über 800.000 Haushalte profitieren, davon circa 300.000 Rentenhaushalte. Wir führen eine Heizkostenpauschale in Höhe von 50 Cent pro qm Wohnfläche ein. Die Heizkosten müssen nicht individuell vom Antragsteller nachgewiesen werden. Sie werden automatisch nach Anzahl der zum Haushalt gehörenden Personen sowie der Wohnfläche zur Kaltmiete hinzugerechnet. Die Leistungen bisheriger Empfänger werden sich durchschnittlich um rund 60 Prozent verbessern. Wer heute im Durchschnitt 90 Euro monatlich erhält, wird künftig gut 140 Euro erhalten.

Das neue Gesetz regelt den Ausschluss der Transferleistungsempfänger klarer und fasst den wohngeldrechtlichen Haushaltsbegriff neu. Außerdem fallen die bisher für die Höhe des Wohngeldes maßgeblichen vier Baualtersklassen weg. Die Rückforderung im Todesfall oder bei zu Unrecht gezahltem Wohngeld wird erleichtert und wir führen eine gesamtschuldnerische Haftung aller Haushaltsmitglieder ein.

Mit der Gesetzesänderung wird der Wohngeldanspruch auf eine berechnete Person in einem Haushalt festgelegt. Sie soll dieses für die von ihr genutzte Wohnung bekommen. Dabei werden weitere Haushaltsmitglieder berücksichtigt. Wer Haushaltsmitglied ist, soll sich nun über die Zugehörigkeit zur Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft definieren - ohne Rücksicht auf verwandtschaftliche oder partnerschaftliche Beziehungen.





**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Wohngeld ist ein Erfolg der SPD-Bundestagfraktion. Wohnen muss Sicherheit bieten – auch für bedürftige Menschen. Deshalb setzen wir mit den erreichten Verbesserungen ein deutliches Zeichen.

## **VERBESSERUNG DER SITUATION VON CONTERGAN-GESCHÄDIGTEN**

Der Bundestag hat in der letzten Woche in 1. Lesung den Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes beraten. Auch wurde der Antrag von CDU/CSU „Angemessene und zukunftsorientierte finanzielle Unterstützung der Contergangeschädigten sicherstellen“ erstmalig beraten.

Gegenwärtig betreut die „Conterganstiftung für behinderte Menschen“ knapp 2.700 Contergan-geschädigte Personen. Sie erhielten bisher eine einmalige Kapitalentschädigung oder monatliche Entschädigungsrenten zwischen zurzeit 121 und 545 Euro. Die jahrelange Fehlbelastung von Wirbelsäule, Skelett und Muskulatur der Contergan-Geschädigten hat zu Spätfolgen geführt. Frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und folglich Renteneinbußen sind ebenso damit verbunden wie der Bedarf an zusätzlichen Hilfen, die nicht mehr von Angehörigen geleistet werden können. Dies kann weder durch Leistungen der Stiftung noch durch die Sozialgesetze abgefangen werden. Unter Wahrung der mit dem Stiftungsgesetz übernommenen Verantwortung sollen daher die Rentenzahlungen verdoppelt werden. Damit die Leistungen den Betroffenen im vollen Umfang zur Verfügung stehen, erfolgt zukünftig keine Anrechnung der Renten.

Mit dem gleichzeitig beratenen Antrag wollen die Fraktionen erreichen, dass neben der Verdopplung der Renten geprüft werden soll, ob noch weitere gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind, um der besonderen Lebenssituation der Contergan-Geschädigten Rechnung zu tragen. Geprüft werden soll u. a. auch eine automatische Dynamisierung der Renten. Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, die das finanzielle Volumen der Stiftung erhöhen könnten. Im Rahmen eines Forschungsauftrages sollen Handlungsempfehlungen für weitere geeignete Hilfen erarbeitet werden.

\*\*\*\*\*

**Dies & Das**

\*\*\*\*\*

## **GIRLS DAY**

Fünf Mädchen aus Berlin begleiteten mich am gestern, am 24. April 2008 am Girls Day. Bereits zum sechsten Mal nahm ich daran teil, um Mädchen einen Blick in die nach wie vor „männerdominierte“ Politik zu ermöglichen.

Die fünf Mädchen haben in einem Bericht ihre Eindrücke festgehalten:



## Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

„Yildiz, Clara, Anna, Dalia und Viktoria hatten sich entschieden, den diesjährigen Girls'Day bei der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel zu verbringen. Einige hatten in den vergangenen Jahren bereits Erfahrungen mit dem Girls'Day gemacht. Aus der Nähe die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten zu betrachten war aber für alle Teilnehmerinnen neu. "Das der Girls'Day erst mit einem Frühstück begann, fand ich gut. Dadurch konnten wir uns alle besser kennen lernen. Die "Lagebesprechung" im Büro war zwar ein bisschen langweilig, aber das Gespräch danach war dafür interessant. Dann musste Petra Merkel zu einer namentlichen Abstimmung und ihre beiden Mitarbeiterinnen zeigten uns das Paul-Löbe-Haus. Zum Rest des Rundgangs kam dann Frau Merkel wieder mit. So konnte man die Häuser mit ganz anderen Augen betrachten. Die Gebäude sind unheimlich groß. Ohne Führung hätte ich mich dort bestimmt verlaufen. Für die Fragen bei dem Rundgang hat sich Frau Merkel viel Zeit genommen und alle ausführlich beantwortet. Mir hat der Tag viel Spaß gemacht und ich habe viele neue Einblicke gewonnen" so eine der Teilnehmerinnen.

"Es war ein aufregender und aufschlussreicher Tag im Bundestag mit Petra Merkel und ihren Mitarbeitern. Ich habe viel erfahren über den Beruf einer Bundestagsabgeordneten und mitbekommen wie anstrengend und stressig es sein kann. Es war sehr interessant eine Bundestagsabgeordnete persönlich kennen zu lernen und auch Fragen zu stellen. Bei unserem Rundgang haben wir verschiedene Gebäude besichtigt und andere Politiker getroffen. Außerdem waren wir im Reichstag und hatten das Glück, eine Plenarsitzung mitzuverfolgen. Die Architektur der Gebäude ist sehr beeindruckend und Frau Merkel hat uns sehr viel über die Geschichte Deutschlands und speziell den Reichstag und Bundestag erzählt. Sie hat sich sehr viel Zeit für uns genommen und war sehr offen. Im Großen und Ganzen kann ich sagen, dass der Tag sehr spannend und interessant war. Ich habe einen sehr genauen Eindruck bekommen und könnte mir jetzt noch genauer vorstellen etwas in diesem Bereich später zu machen. Der Girls'day im Bundestag hat mir nochmal bestätigt, dass auch Frauen erfolgreich in die Politik eingehen können. Ich bin sehr froh hier dabei gewesen zu sein!" so Dalia.

Ich habe jetzt ganz anderen Eindruck von der Politik und es ist sehr interessant gewesen Frau Petra Merkel zu begleiten und zu sehen wie so ein gewöhnlicher Tag für Petra Merkel aussieht. Es war alles sehr organisiert", beschrieb die jüngste der Teilnehmerinnen Ihre Eindrücke vom Girls'Day.

"Ich verbrachte den Girls'Day bei der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel. In meiner Schule wurde von Girls'Day berichtet und durch meine Mutter bekam ich die Idee, diesen Tag hier zu verbringen. Wir machten einen Rundgang, bei dem wir uns viele Räume anguckten und etwas darüber erfuhren. Außerdem hörten wir noch bei einer Plenarsitzung zu und gingen in die Kuppel des Reichstagsgebäudes. Der Tag was sehr interessant und abwechslungsreich," fand Anna.

"Ich finde es interessant mal direkt bei der Arbeit einer Bundestagsabgeordneten zusehen und könnte mir sogar vorstellen später in einem ähnlichen Beruf zu arbeiten. Am meisten gefiel mir der Rundgang durch der Reichstag, indem zu der zeit gerade eine Plenarsitzung stattfand. Petra



## Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Merkel und ihre Mitarbeiter konnten uns viele Fragen beantworten, die auch mit aktuellen politischen Ereignissen wie zum Beispiel dem Volksentscheid für den geplanten Abriss des Flughafens Tempelhof in Zusammenhang stehen," meinte Viktoria.

\*\*\*\*\*

### Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

\*\*\*\*\*

#### UNTER UNS FRAUEN

... diskutierten wir in der **GOETHE8o** über Themen, die uns am Herzen lagen. Dabei standen Fragen zur Bildung und Betreuung im Vordergrund.

Monika Thiemen, Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, Dr. Marianne Suhr, Vorsteherin der BVV von Charlottenburg-Wilmersdorf, Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Stefanie Winde, MdA, standen gemeinsam mit mir den interessierten Frauen Rede und Antwort.

Als Ehrengäste begrüßte ich die Justizsenatorin Gisela von der Aue und die erfolgreiche Unternehmerin Heidi Hetzer von der Hetzer GmbH & Co. Automobil-KG. Heidi Hetzer, die jung gebliebene 70jährige, steht noch immer beruflich unter „Volldampf“. Sie schilderte sehr eindrucksvoll ihren persönlichen Werdegang: Von der Lehre als KFZ- Mechanikerin, die auf dem Pausenhof von den männlichen Lehrlingen gemieden wurde, bis hin zu einer der Unternehmerin, für die heute „Alter und Erfahrung“ und ein „außergewöhnlich gutes Betriebsklima“ die wichtigsten Gründe sind, ein Familienunternehmen erfolgreich zu führen.

#### DIE GRÖSSTE UNTERRICHTSSTUNDE DER WELT

Am Donnerstag, den 23. April 2008, haben Schulen rund um den Globus - darunter über 150 Schulen in Deutschland - an dem Weltrekordversuch der Globalen Bildungskampagne an der größten Unterrichtsstunde der Welt teilgenommen. Gerne folgte ich der Einladung, auch daran teilzunehmen.

Eine dieser Schulen, die Geschwister-Scholl-Gesamtschule aus Hamburg, und Bundestagsabgeordnete versammelten sich um 10:00 Uhr, in einem eigens für die Unterrichtsstunde aufgebauten Zelt, vor dem Berliner Reichstagsgebäude, um die weltweite Aktion **"Die größte Unterrichtsstunde der Welt – Hand in Hand für Bildung – Gleiche Chancen für Alle!"** zu unterstützen.

Mit dieser Maßnahme erinnerte die Globale Bildungskampagne (Global Campaign für Education) an die Situation von über 72 Millionen Kindern und nahezu 780 Millionen Erwachsenen, denen der



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zugang zu Bildung verwehrt wird. Dabei hatten die Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen in der Millenniumserklärung "Bildung für alle bis 2015" versprochen.

Die Globale Bildungskampagne ist daher der Auffassung: Politikerinnen und Politiker müssen zurück in die Schule und "lernen" ihre Versprechen zu halten. Nach "Schluss" stellten die Schülerinnen und Schüler Fragen an mich und meine anwesenden Kollegen aus dem Bundestag, um unter anderem zu erfahren, was diese künftig dafür tun werden, damit die weltweite Bildungskrise überwunden und jedem Kind dieser Erde eine Schulbildung ermöglicht werde.

Sehr gefreut habe ich mich auch darüber, dort Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, einmal wieder zu treffen, mit dem ich gemeinsam vor langer Zeit Berliner Schulpolitik gemacht habe.

\*\*\*\*\*

### **Termine**

\*\*\*\*\*

#### **„TANZ IN DEN MAI“**

Gemeinsam mit der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf organisiere ich wieder den **TANZ IN DEN MAI**. Merke Sie sich schon mal vor: Mittwoch, den 30. April 2008, ab 19 Uhr, im San Marino, Prager Platz 1-3, 10779 Berlin.

Die Karten (Eintritt und Menü) kosten im VVK 13,- €, AK 15,- €. Sie erhalten sie u.a. in meinem Wahlkreisbüro oder an der Arbeitkasse.

#### **BESSERE PFLEGE DURCH DIE PFLEGEREFORM**

Am Dienstag, den 27. Mai 2008, um 19.00 Uhr biete ich eine Veranstaltung mit der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zur Pflegereform an. Sie findet in den DRK Kliniken Berlin, Westend, Haus S (Aula), Spandauer Damm 130, 14050 Berlin statt.

Die Pflegereform ist am 14. März 2008 verabschiedet worden und wird damit zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Die demographische Entwicklung in Deutschland macht es notwendig, die gesetzliche Pflegeversicherung darauf vorzubereiten, denn der Anteil der älteren Menschen in Deutschland wächst stetig. Im Mittelpunkt der Reform steht der Wunsch vieler Menschen, möglichst lange im häuslichen Umfeld zu leben, zu Hause betreut und gepflegt zu werden. Deshalb ist es unser Anliegen, die häusliche Pflege zu stärken.

Was bringt die Reform? Welche Verbesserung gibt es und was bedeutet sie konkret? Diese und



## **Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

weitere Gesellschaft. Diskutieren Sie mit uns und informieren Sie sich über die Neuerungen!

Bitte melden Sie sich bei mir im Büro an, wenn Sie daran teilnehmen möchten.

Sie können sich auch online anmelden unter:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,43830,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,43830,00.html)

### **AFGHANISTAN – JUGENDLICHE BERICHTEN AUS IHREM LAND**

Am Mittwoch, den 28. Mai 2008, veranstalte ich abends mit meinem Berliner Kollegen Detlef Dzembritzki um 18.00 Uhr im Deutschen Bundestag eine Podiumsdiskussion zu Afghanistan. Gemeinsam mit Ursula Koch-Laugwitz, Büroleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Afghanistan und einer Delegation junger Führungskräfte aus Afghanistan, die Mitglieder des Young Leaders Forum der FES sind, möchten wir die Perspektiven des Wiederaufbaus in Afghanistan diskutieren.

Sechs Jahre nach Beginn des Wiederaufbaus in Afghanistan stehen Deutschland und die internationale Gemeinschaft immer noch vor großen sicherheits-, entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Herausforderungen. Einigen beachtlichen Erfolgen in der Bildungspolitik, der Grundversorgung, des Wiederaufbaus der Infrastruktur und dem Aufbau des Staatswesens stehen Rückschläge besonders in sicherheitspolitischen Bereichen gegenüber.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht neben der Schaffung von Sicherheit nach innen wie nach außen einen Schlüssel für einen friedlichen und langfristig wirkenden Wiederaufbau darin, der Jugend Afghanistans Perspektiven zu geben. Eine perspektivlose und frustrierte, vor allem männliche Jugend ist besonders anfällig für Kriminalisierung sowie die Werbung und Rekrutierung durch gewaltbereite islamistische oder terroristische Gruppierungen. Deshalb sollte die junge Generation spezielle Unterstützung durch Ausbildungsprojekte und Einstiegsjobs erhalten. Hier ist Deutschland aufgrund seiner langen Tradition der Zusammenarbeit und des hohen Ansehens, das es in Afghanistan genießt, in besonderer Weise gefragt. Darüber hinaus braucht Demokratie politische Bewegungen auf allen Ebenen, auch von unten. Nur sie kann einen nachhaltigen Frieden und Demokratie in Afghanistan gewährleisten.

Bitte melden Sie sich bei mir an (unter Angabe des Geburtsdatums), wenn Sie an der Veranstaltung teilnehmen möchte, bei mir an.

### **BÜRGERSPRECHSTUNDE**

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 9. Mai 2008, im Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82 an, wenn Sie einen Termin möchten.



**Petra Merkel (SPD)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## **LESUNGEN IM KURT-SCHUMACHER-HAUS:**

### **18. Mai: Horst Bosetzky liest aus seinen Berliner „Kartoffelbüchern“**

Die Reihe von Lesungen im Kurt-Schumacher-Haus wird am Sonntag, d. 18. Mai um 11 Uhr fortgesetzt. Berliner Stimme, vorwärts Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie freuen sich auf eine Matinee mit dem Berliner Schriftsteller, Krimiautor und Soziologen Horst Bosetzky.

Als Krimiautor hat er sich einen Namen gemacht: „-ky“. Inzwischen hat Horst Bosetzky aber auch seiner Heimatstadt Berlin ein literarisches Denkmal gesetzt. In seinen „Kartoffelbüchern“ verfolgt er den Werdegang von Manfred Matuschewski, angefangen im Berlin der ersten Nachkriegsjahre bis in die Gegenwart. Am 18. Mai liest der Schriftsteller und Soziologe Horst Bosetzky im Kurt-Schumacher-Haus aus dieser Familiensaga.

Damit wird die Reihe der Sonntags-Matineen von Berliner Stimme, Vorwärts Berlin und Kulturforum Berlin zum Thema „Heimat“ fortgesetzt. Heimat, das ist für Horst Bosetzky ebenso wie für seinen Romanhelden mit etlichen Stationen verbunden: Neukölln, Charlottenburg, ein wenig Wedding und Reinickendorf. Und der jeweilige Zeitgeist lässt sich an den Buchtiteln ablesen: Gilt es anfangs noch, „Brennholz für Kartoffelschalen“ zu tauschen, um zu überleben, träumt man in den fünfziger Jahren von „Capri und Kartoffelpuffern“ und vergnügt sich schließlich einige Jahre später mit „Champagner und Kartoffelchips“. Ganz neu erschienen ist der Band „Bratkartoffeln oder die Wege des Herrn“, den Horst Bosetzky ebenfalls vorstellen wird.

Horst Bosetzky führt in seiner Lesung durch die Nachkriegsjahre und durch die verschiedenen Stationen seiner „Heimatsdichtung“ und steht anschließend zum Gespräch zur Verfügung. Informationen zu seinen Büchern gibt es auf der Internsetseite: <http://www.horstbosetzky.de>

18. Mai, 11 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

Wir bitten um Anmeldungen unter [berliner.stimme@spd.de](mailto:berliner.stimme@spd.de), telefonisch unter 4692 150 oder per Post: Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin  
Schulprojekt unterstützt, das ebenfalls vorgestellt wird.